

Letzte Telegramme.

Die reichstädtische Verfassung.

Stettin, 20. Juli. (Privattelegramm.) Nach einer Mitteilung der Stettiner Post besteht bei der Reichsregierung der Plan, die reichstädtische Verfassung wie folgt zu gestalten: Die Reichsversammlung bleibt bestehen; der Kaiser ist wie bisher die Landesoberhaupt; ein Vertreter bleibt der von ihm ernannte Statthalter. Das Reichsland erhält seine ständerechte Vertretung im Bundesrat. Alle die Landesgesetzgebung teilen zwei Kammern. In Kraft; die zweite Kammer tritt auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechts mit Zusatzstimmen für das 35. und 45. Lebensjahr zusammen. Eisenbahnerkreis in England.

London, 20. Juli. Auf der Nordostbahn ist wegen schlechter Verhandlung durch die Vorarbeiter ein Streik ausgebrochen. 3000 Rangierarbeiter haben die Arbeit verlassen. In Gateshead ist eine Anzahl Lokomotivführer und Heizer ebenfalls in den Ausstand getreten, und sämtliche Pagenausarbeiter und Kastenwagenführer der Station Newcastle haben sich dem Streik angeschlossen. Den in Gateshead eingelaufenen Nachrichten zufolge hat sich die Bewegung auch auf Sunderland, Hartlepool, Whitby und die Ferry Main- und Lynedochs ausgedehnt.

Die Rochette Affäre.

Paris, 20. Juli. Außer dem Oberstaatsanwalt Jaurès werden in der Angelegenheit Rochette mehrere Herren des Handelsgerichts und einige Sachverständige vor der parlamentarischen Untersuchungskommission erscheinen, um über die Konstatierung des Verbrechens zu berichten. Die polizeilichen Angaben über die Unternehmungen Rochettes können der Kommission nicht vorgelegt werden. Jaurès hat die Vorlage dieser Berichte verlangt. Der Justizminister Vorhau hat ihm jedoch geantwortet, es handle sich weniger um amtliche Berichte als um vertrauliche Berichte für die Vollzieher, in denen auch noch andere Angelegenheiten erwähnt würden. Aus diesem Grunde seien Mitteilungen unmöglich. Der Polizeipräsident Léprieux werde jedoch auch über diese Berichte Mänter sagen.

Paris, 20. Juli. Die Erklärung des früheren Ministerpräsidenten Clemenceau über den Rochettehandel wird von mehreren Blättern sehr scharf kritisiert. Der sozialistische Deputierte Sembat sagt in der Kammer: Aus der Depesche Clemenceaus geht hervor, daß er lediglich auf die in den Wandbüchern der Kammer und in der Presse veröffentlichten Gerüchte hin den Auftrag gegeben hat, Rochette zu verhaften. In dieser brutalen und unbesonnenen Weise hat Clemenceau während der ganzen Zeit seiner Ministerpräsidentenschaft regiert. Die Aktion fragt, warum Clemenceau, der weder Justiz- noch Finanzminister war, sich im Jahre 1908 mit Rochette beschäftigt hat? Weder Galloux noch Briand, die damals an der Spitze dieser beiden Ministerien standen, scheinen ihm dazu gedrängt zu haben.

Organisation der französischen Bankbeamten.

Paris, 20. Juli. In der Arbeitsbörse hielten am 2000 Bankbeamten eine Versammlung, ab, in der sie beschloßen, ein Syndikat zu bilden, um durch Unterstützung des allgemeinen Arbeiterverbandes eine Besserung ihrer Lage zu erzielen.

Zur Übung in Spanien.

Madrid, 20. Juli. Die Arbeiterverbände von Bilbao haben beschlossen, mit der Erklärung des Generalkonvents noch bis zum Ende dieser Woche zu warten, um zu sehen, ob doch noch eine Einigung möglich ist. Die Arbeiter sind mit diesen Beschlüssen einverstanden, trotzdem dauern die militärischen Vorkehrungen in Bilbao fort.

Madrid, 20. Juli. Im Kongress sprach der republikanische Deputierte Melquiades Alvarez über die Barzelonner Juliereignisse, wobei er die konservativen Regierung aufs schärfste kritisierte. Der Kriegsminister hätte bei Wiedereröffnung des Kongresses die Akten der Prozesse, die mit Todesurteilen endigten, vorgelesen. Alsdann würde sich ergeben haben, daß die Militärgerichte sich getrennt hatten und daß die internationalen Proteste vollkommen berechtigt waren. Die spanische Regierung hat darauf nach Unterhandlungen mit den Führern der Opposition den nach Frankreich Gesuchten die Erlaubnis erteilt, unbefristet nach Spanien zurückzukehren.

Bulgarisches Attentat.

Sofia, 19. Juli. In der bulgarischen Reichshauptstadt Ruzica bilit versuchten einige junge Leute, durch Dynamit einen staatlichen Neubau in die Luft zu sprengen, von dem sie annahmen, daß er als Wohnung für den König bestimmt sei. Das Gebäude erlitt nur unbedeutende Beschädigungen. Die Täter wurden verhaftet.

Balkankonflikte.

Weslab, 20. Juli. An der bulgarischen Grenze ereignete sich ein Zwischenfall. Sieben bulgarische Soldaten unter Führung eines Sergeanten überschritten mit einem bulgarischen Hirten die Grenze und trieben 415 Schafe weg, die dem Türken Welt Abdija gehören. Die Hirte hat wegen des Verfalls bei der bulgarischen Regierung Protest erhoben.

Saloniki, 20. Juli. Die Lage in den bulgarischen Gegenden Albanens bleibt andauernd kritisch. Die Behörde wird, falls die amtliche Anordnung die Waffen abzugeben, ohne Einbruch bleibt, zur Gewalt gezwungen. Voraussetzungen sind das Standrecht erklärt werden. Mitglieder der bulgarischen Organisation entfallen große Mäßigkeit bei der Vorbereitung des bevorstehenden Widerstandes. Umherziehende lokale Banden verbreiten unter der Bevölkerung Furcht, für deren Auslieferung an die türkischen Behörden die Todesstrafe angedroht wird. Aus Gurafti, Monastir und Radovitsche werden neue Kämpfe zwischen Militär und bulgarischen Banden gemeldet. Die Regierung vertritt den Standpunkt, die Bulgaren müßten gleich anderen Staatsbürgern die Waffen abgeben. Ein Unterschied in der Behandlung der Volksgenossen sei ausgeschlossen.

Verstöße.

Teheran, 20. Juli. Infolge der von Nationalisten verbreiteten Gerüchte, die Ermordung Abdolnassir sei von den Russen angeklagt worden, um Unruhen herbeizuführen und die Anwesenheit der russischen Truppen zu rechtfertigen, hat die russische Gesandtschaft die amtliche Dementierung dieser in einer nationalistischen Zeitung wiedergegebenen Gerüchte verlangt.

Wintert.

Paris, 20. Juli. Der Blätter de Warder flog mit einem Hohlbocker von Lille nach Douai. Trotz des ziemlich heftigen unglücklichen Windes legte er die etwa 30 Kilometer lange Strecke in 35 Minuten zurück, wobei er sich in einer Höhe von 700 bis 800 Metern hielt.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

sich wirklich nicht wundern. Willkür kann den Wählern des Reichslandes die angebliche „rote Gefahr“ gar nicht plausibel gemacht werden.

Der Vorwärts bemerkt dazu:

„Wiso die Parteilinie unserer Ziele mag der Verfasser als Blagiat aus einem Hegelblatt darstellen und fürchtet, daß die Schärfer unserer Artikel als Flugblatt verbreitet werden. Aber wir können dem Verfasser das eine bestimmt versichern: Die Parteilinie unserer Ziele wird im künftigen Wahlkampf mit aller Offenheit und Rücksichtslosigkeit erfolgen, und Millionen von sozialdemokratischen Flugblättern werden hinausgehen, die genau dasselbe sagen wie unser Artikel. Auf Mittelhandfang und Wahlmagie lassen wir uns nicht ein, und wenn versucht wird, das sozialistische Programm zu Wahlzwecken zu verleugnen, so sind wir wirklich stark genug, das zu verhindern. Wenn der Verfasser unser Programm nicht anerkennt, so braucht er es nicht zu verteidigen, er kann aber auch dann ehrlicherweise nicht Mitglied der Partei bleiben.“

Chemnitzer Volksstimme:

„Wohl es nach dem Willen des Vorwärts, so hat also an Stelle erster sachlicher Arbeit an der Reichsvertretung und Genossenschaftsfrage der kommende Magdeburger Parteitag, der letzte ordentliche Parteitag vor den kommenden Reichstagswahlen, eine Wiederholung der Nürnberger Budgetentscheidungsdebatte zu erleben. Wir warnen vor solcher Torheit mit aller Energie.“ „Es bleibt also nur ein Weg zu wahrer Erledigung des Konflikts gangbar, nämlich der, daß ohne jede Debatte der Parteitag seinen Nürnberger Beschluß aufrechterhält und das Verhalten der süddeutschen Landtagsfraktionen mißbilligt, von Strauß und Strauß aber absteht. Nur so kann die prinzipielle Angelegenheit ohne Schaden für die Partei aus der Welt geschafft werden.“

Wiener Arbeiterzeitung:

„Die Abstimmung der badischen Sozialdemokraten steht in einem so schroffen Widerspruch zu dem Beschluß des Nürnberger Parteitages und bedeutet einen so ernsten Disziplinbruch, daß die Genossen der Parteifriedlichkeit eine ganz andere Erklärung schulden, als die nichtbefriedigende Verfassung des Genossen Strauß auf irgendwelche nicht weiter definierten „besonderen politischen Verhältnisse“, deren Besonderheit anscheinend nur darin liegt, daß die badischen Genossen den Beschluß des Gesamtparteitages mißachteten zu dürfen glauben. Man muß also vorläufig noch ihre wahre Erklärung abwarten.“

Und am Sonntag schreibt unser Bruderheft:

„Die Abstimmung der badischen Sozialdemokraten für das Budget macht in der Partei das größte Aufsehen — um so mehr, als absolut kein Grund aufzutreiben ist, der der Abstimmung auch nur einen Schatten von Rechtfertigung verleihen könnte. Mit dem Beschluß des Parteitages in Nürnberg steht die Abstimmung in dem denkbar schroffen Widerspruch, und es geschah wohl zum erstenmal, daß innerhalb der deutschen Partei eine so offene Mißachtung von Parteibeschlüssen zu erblicken ist.“

Die Arbeiterzeitung gibt dann die Nürnberger Resolution wieder und konstatiert: „Da die einzige Ausrede nicht vorliegt — daß sonst ein für die Arbeiterklasse ungünstiges Budget ausande läme, weil ja das Finanzgesetz in Baden einstimmig angenommen worden ist, die Abstimmung also auch ohne die Stimmen der Sozialdemokraten nicht zweifelhaft gewesen wäre —, so bedeutet die Abstimmung der badischen Fraktion eine direkte Verleugnung des Parteitagbeschlusses.“

Volkswirtschaft.

Zur Politik des Kohlenyndikats.

k. Im Mai veröffentlichte das Wolffsche Telegraphen-Bureau die Weltung, daß das Kohlenyndikat in der Mitte des Monats Juli eine Erhöhung der Kohlenpreise um 2 M. für die Tonne ab 1. Oktober 1910 eintreten lassen werde. Die Ankündigung war in jeder Beziehung eigenartig, nicht nur die überaus starke Erhöhung des Preises überraschend, sondern auch, daß das Syndikat trotz seiner sonstigen Stillschließung eine solche Maßnahme so frühzeitig ankündigte.

Von der Zeitung des Syndikats wurde jede Auskunft auch darüber verweigert, ob die Mitteilung des Wolffschen Bureaus zutreffend sei. In der Verlautbarung des Kohlenyndikats, die am 16. Juli toge, wurden nur verschiedene Preisermäßigungen beschlossen, allerdings nicht in dem vor Wochen angekündigten Umfang. Die Kohlenpreise für das Winterhalbjahr 1910/11 für Hochofenkoks wurden um 1,50 M., für Hochofenkoks Brechlofs 1 und 2 M., ferner für halbgroße und halbgroße Koks um 1 M., für Brechlofs 3, Knabdelkoks und Koksgrus um 0,50 M., und außerdem für Kokslohlen um 1 M. für die Tonne heraufgesetzt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß diese Kohlenpreise nicht mit den Verkaufspreisen identisch sind.

Zunächst der Kohlenindustrie sollen starke Meinungsverschiedenheiten über die Preisfestsetzungen bestanden haben. Verschiedentlich verlaute, daß von einzelnen Seiten gegen jede Preisermäßigung zur Zeit Widerspruch erhoben wurde, weil man darin eine Schwächung der reinen Eisenwerke erblickte, deren Geschäftserweiterung schließlich im wesentlichen doch nur auf die reinen Eisenwerke zurückzuführen ist. Die Zeichen der gemäßigten Betriebe haben nicht betreten werden. Gegen die ursprünglich beabsichtigte Steigerung des Kohlenpreises um 2 M. für die Tonne soll mit der jetzt beschlossenen Steigerung um 1,50 M. für die Tonne ein Vergleichsweg beschritten worden sein. Während für Hochofenkoks, Hochofenkoks und Brechlofs, zum 1. Oktober 1909 und zum 1. April 1910 Ermäßigungen in der Höhe der jetzt beschlossenen Steigerungen erfolgten, blieb in dieser Zeit der Preis für Kokslohlen völlig unverändert. Die jetzt auch darin diktierte Preisermäßigung läßt sich also nicht damit rechtfertigen, daß nur ein Ausgleich für Reduktion der Preise in der Preiszeit stattfinden.

Mit einer besonders günstigen Wirtschaftslage kann diese Politik wenig nicht begründet werden, bezugnehmend ist, daß die Produktions-einschränkung von dem Syndikat in dem bisherigen Umfang von 15 Proz. für Kohlen und von 27 1/2 Proz. für Koks aufrecht erhalten bleibt. In dem offiziellen Bericht wird hervorgehoben, daß sich bei der Beschlußfassung über die Preisermäßigung eine der Künftigen der Abstimmung enthielt, um der mehrfach gedrückten Auffassung entgegenzutreten, bei der Preisermäßigung seien die Künftigen auszulagern. Zahlmäßig liegt gewiß die Entscheidung bei den reinen Eisenwerken, aber die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Entscheidung der reinen Eisenwerke keineswegs unabhängig ist; sie unterliegen trotz äußerer Selbstständigkeit dem Einfluß der großen gemischten Betriebe oder doch der mit den Montanriesen eng verbündeten Großbanken.

Tredner Polizeibericht vom 20. Juli.

Im Fundamt der Ag. Polizeidirektion sind jetzt erst 1 Pelerine, 1 Jader, 1 Paar Schuhe und 1 Paar Strümpfe abgegeben worden. Die bei den am 3. Juli 1910 auf den diesigen Erbweiden abgehaltenen Vaterländischen Festspielen verloren worden sind. Die Eigentümer der Sachen wollen sich baldigst im Fundamt melden.

Am Montag rief auf der Augustburger Straße ein schottischer Scherhund ein 3 1/2-jähriges Mädchen um, wobei dasselbe einen Bruch des linken Schläfelfeins erlitt.

Wetterbericht von der Wetterstation an der Augustusbrücke vom 20. Juli, mittags 12 Uhr.

Barometer 750. Veränderlich.
Thermometer 19° R.
Thermometergraph Min. + 12, Max. + 19.
Hygrometer 70 %.
Wasserstand — 52. Wassertemperatur + 17°.

Wetterprognose des d. d. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 21. Juli 1910.

Westwind, wolkig, kühl, zeitweise Niederschlag.

nach Ansicht der badischen Fraktion für die Budgetbewilligung sprechen: „Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“

„Der Sozialdemokrat sei es gelungen, das Zentrum im Landtag zu isolieren.“